Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

1819 Scarth-Str., Zimmer 104

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 677.

1819 Scarth Str. Room 104

4. Jahrgang — Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 6. September, 1911. — No. 35.

Was der deutsche Wähler wissen sollte.

Im Gespräch mit dem Durchschnitts-Wähler, und dies gilt auch namentlich für die große Mehrheit unserer Landsleute deutscher Abkunft hier im Westen, fällt einem auf, wie wenig sich die meisten derselben mit den Grundbedingungen der Fragen bekannt gemacht haben, über welche sie bei der bevorstehenden Wahl am 21. September ihre Entscheidung treffen sollen. Sie haben aus der von beiden politischen Parteien veröffentlichten Wahlliteratur, aus Zeitungen und Flugschriften, wohl herausgelesen, welche Gründe von der einen und der anderen Seite für den Standpunkt der Parteien ins Treffen geführt werden, aber in den wenigsten Fällen haben sie sich darüber klar gemacht, worin die große Frage selbst, unabhängig von allen Argumenten, besteht, die dem augenblicklichen Kampfe der Parteien zu Grunde liegt.

Es ist die Absicht dieser Zeilen, den deutschsprechenden Bürgern West-Canadas in kurzen Zügen vor Augen zu führen, über was ihre Stimme am Wahltage zu entscheiden hat.

Was ist „Reziprozität"?

Soviel ist unseren deutschen Landsleuten klar geworden, daß die **einzige Frage,** welche zur Entscheidung ihnen bei dieser Wahl vorgelegt wird, die ist: **„Sollen wir das von der Regierung Canada's mit den Vereinigten Staaten getroffene Reziprozitäts- oder Gegenseitige Handels-Abkommen bestätigen, oder abweisen?"**

Worin aber besteht dies Reziprozitäts-Abkommen?

Um dies ganz zu verstehen, wird es nötig sein, zurück zu greifen in der Geschichte von Canada auf die Zeiten, welche der Einigung der vordem von einander unabhängigen Kronkolonien durch die Confederation von 1867 vorausgingen. Schon vor der Rebellion von 1837—38 war in den Britischen Kolonien von Nord-Amerika, den heutigen östlichen Provinzen des Dominions von Canada, eine starke Strömung im Gange, die auf einen engeren Anschluß an die Vereinigten Staaten hinzielte, und die ihren Höhepunkt erreichte in der Agitation zu Gunsten von Annexion, d. h. politischer Angliederung an die Staaten. Diese Agitation fand Ausdruck in dem berühmten oder berüchtigten Manifest von Montreal, welches von den leitenden Geistern der Konservativen jener Zeit unterzeichnet wurde, unter ihnen von J. J. C. Abbott, dem nachmaligen konservativen Premierminister des Dominion von Canada. Dieser Agitation wurde endlich der Boden entzogen durch den von Lord Elgin im Jahre 1854 mit den Vereinigten Staaten abgeschlossenen gegenseitigen Handels-Vertrag, der in seinen Grundzügen mit dem heute von der Regierung Sir Wilfrid Lauriers unterbreiteten Abkommen übereinstimmte. Dieser Vertrag blieb in Kraft bis 1866, und in den zwölf Jahren seines Bestehens vervierfachte sich der Handel zwischen den beiden Ländern. Nach Beendigung des amerikanischen Bürgerkrieges wurde in Washington die Idee wachgerufen, daß Canada mit den Süd-Staaten während des Krieges sympathisiert habe, und das Resultat dieser irrtümlichen Idee war der Abbruch des Vertrages seitens der Vereinigten Staaten.

Als im darauf folgenden Jahre 1867 die Verhandlungen, welche zum Abschluß der Canadischen Konföderation leiteten, im Gange waren, bildete der Wunsch auf Wiederaufnahme des abgebrochenen Gegenseitigkeits-Vertrages mit den Staaten einen der bedeutendsten Beweggründe, namentlich von Seiten Nova Scotias und New Brunswicks, da der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, daß die geeinigten Provinzen besser im Stande sein würden, einen Druck auf die Vereinigten Staaten in dieser Richtung auszuüben.

In Folge des von beiden Parteien anerkannten Verlangens nach engeren Handelsbeziehungen wurde im Jahre 1868, ein Jahr nach erfolgter Konföderation, eine Verfügung in den canadischen Tarif aufgenommen, welche ein dauerndes Angebot gegenseitiger Handelsbeziehungen für die Vereinigten Staaten enthielt. Im folgenden Jahr ging Sir John Rose damals Finanzminister von Canada nach Washington, um Verhandlungen in dieser Hinsicht einzuleiten, welche jedoch nicht zu dem gewünschten Resultat führten. Wiederum im Jahre 1871 ging Sir John A. Macdonald selbst nach Washington, um einen Handelsvertrag auf der Basis der Gegenseitigkeit anzubahnen; er hatte jedoch keinen besseren Erfolg.

Als 1874 die Liberalen ans Ruder kamen, sandte der neue Premierminister Hon. Alexander Mackenzie den Hon. George Brown nach Washington, um über einen Handelsvertrag zu unterhandeln. Diesmal schienen die Annäherungen Canada's auf günstigeren Boden zu fallen, denn es gelang, einen für die beiderseitigen Regierungen annehmbaren Vertrag zum Abschluß zu bringen. Damals aber, wie auch heute wieder, erhoben sich die „Großen Interessengruppen" gegen das Abkommen, und ihrem Einfluß in Washington gelang es, die Bestätigung des Vertrages im Senat der Vereinigten Staaten zu verhindern.

Mit der Rückkehr der Konservativen unter Sir John A. Macdonald ans Ruder im Jahre 1878 auf Grund der sogenannten Nationalen Politik Platform, welche die Einführung hoher Schutzzölle anbahnte, hat sich jedoch die Haltung der damaligen Regierung gegenüber den Handelsbeziehungen zu den Staaten in keiner Weise geändert, denn in die grundlegende Resolution der Regierung in welcher sie ihre Zollpolitik begründete, war der Gedanke der Reziprozität ausdrücklich eingeschlossen. Auch in dem neuen 1879 eingebrachten Tarif-Gesetz war die dauernde Offerte der Gegenseitigkeits-Beziehungen enthalten. Außer dieser dauernden Offerte wurden seitens der Canadischen Regierung die Versuche fortgesetzt, solche Handelsbeziehungen herbeizuführen, und 1888 ging wiederum Sir Charles Tupper nach Washington mit demselben Zweck im Auge, leider wiederum ohne Erfolg. Im Jahre 1891 ging Sir John A. Macdonald, zum letzten Male, vor die Wähler Canadas, zu dem ausgesprochenen Zweck, von ihnen ein Mandat zur Erneuerung der Verhandlungen über Reziprozität zu erhalten; und die von ihm verlangte Bestätigung blieb nicht aus. Wenige Monate darauf rief der Tod diesen genialen Leiter vom Schauplatz seiner Tätigkeit ab, aber sein Nachfolger im Amte, Sir John Thompson, setzte die Versuche seines Vorgängers fort. Auch als im Jahre 1896 die liberale Partei unter Sir Wilfrid Laurier ans Ruder kam, und damit die Politik einer allgemeinen, allmählichen Tarif-Ermäßigung in's Leben gerufen wurde, war die Regierung von Canada noch dauernd für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit. Beweis dafür liefert die im Jahre 1898 ernannte Kommission aus je fünf Vertretern der beiden Länder, welche fünf Monate lang über verschiedene Fragen, einschließlich der Handelsbeziehungen verhandelte, aber an der Frage der Alaska Grenz-Regulierung scheiterte. Die liberale Regierung war jedoch auch ferner bereit, die Verhandlungen zu erneuern, nur sollte, wie Sir Wilfrid Laurier sagte, das Angebot, nach den vielen vergeblichen Versuchen seitens Canada's, von unseren Nachbarn ausgehen. Im Jahre 1910 endlich sandte Präsident Taft Vertreter nach Ottawa, um eine neuerliche Aufnahme der Verhandlungen anzubahnen, und dies führte zu dem Besuch der Herren Fielding und Paterson in Washington und zum Abschluß des jetzt uns zur Bestätigung vorliegenden Vertrages.

Zum näheren Verständnis der Frage sei erwähnt, daß Canada's Zolltarif bisher drei verschiedene Zollsätze enthält: den allgemeinen Tarif, dem die Einfuhr aus den Vereinigten Staaten und aus allen anderen Ländern, mit denen Handelsverträge nicht bestehen, unterliegen; den mittleren Tarif (intermediate Tarif), der auf Waren aus Ländern Anwendung findet, mit denen Handelsverträge existieren; und endlich den Vorzugs-Tarif (preferential Tarif) für Waren aus Großbritannien.

Was enthält nun das beantragte Reziprozitäts-Abkommen?

Das Reziprozitäts-Abkommen sieht vor: 1.) Die freie Einfuhr aus einem der beiden Länder in's andere von allen Naturprodukten im Rohzustand, solche wie lebendes Vieh, Pferde, Schweine, Schafe, Geflügel (auch geschlachtetes), Getreide, Gemüse, Früchte, Butter, Käse, Milch, Sahne, Eier, Honig, Samen (in Packeten üb. 1 Pfund), Heu, Stroh, Fische, gewisse Mineralien, Salz, Zaundraht, Rohm-Separatoren, Coke, Mineralwasser, Bauholz (gesägtes), Faßdauben, gewisse Oele u. s. w. — 2.) Einen gleichen, ermäßigten Zoll auf eine Anzahl von fabrizierten Artikeln der Nahrungsmittel-Klasse und auf landwirtschaftliche Geräte. — 3.) Eine Ermäßigung seitens Canada's auf acht Artikel, für welche bisher die canadischen Zölle höher waren als die der Staaten, um dieselben auf gleiche Höhe zu bringen; diese Artikel sind Zement, Bäume, kondensierte Milch, Biscuits, eingemachte Früchte, Peanuts (geschälte und ungeschälte) und Steinkohlen gewisser Art. — 4.) Eine ähnliche Ermäßigung seitens der Staaten auf Artikel, wo ihre Zölle höher waren als die Canadas.

Was bedeutet der Vertrag für den Deutschen?

Unseren Deutschen Landsleuten, die zu fast 95 Prozent Landwirte sind, bedeutet also die Annahme des Vertrages **freien Zutritt für die Erzeugnisse** seiner Aecker, seines Gartens und seiner Viehzucht, sowie billigeren Einkauf von Geräten und Gegenständen, deren er zu seinem Betrieb notwendig bedarf. Es bedeutet die Eröffnung eines Marktes von jetzt 93,000,000 Seelen, der allmählich aus einem Weizen-Export-Land in ein Weizen-Import-Land übergehen muß. Es bedeutet eine Bewegungsfreiheit, welche ihn von der Botmäßigkeit der großen Transport-Gesellschaften und ihrer erpresserischen Frachtsätze befreien wird. Es bedeutet, daß ihm eine Möglichkeit gegeben werden wird, von dem zuguterletzt verderblichen Standpunkt des reinen Weizenbaus, mit seiner unausbleiblichen Schädigung des Bodenreichtums, allmählich zu einer gesunden Fruchtfolge und zu gemischter Wirtschaft übergehen kann, ohne durch das Fehlen geeigneter Märkte in seinen nötigen Einnahmen geschädigt zu werden. Es bedeutet erhöhte Tätigkeit, folglich erhöhte Einnahmen und erhöhte häusliche und soziale Anregung.

Was hat die Laurier-Regierung für den Deutschen getan?

Die liberale Regierung unter Sir Wilfrid Laurier hat, durch Einführung einer gesunden Finanz- und Zoll-Politik, durch Betreiben einer regen Immigrations-Politik, aus dem vordem außerhalb dieses Kontinents kaum bekannten Canada einen Magneten gemacht, der nicht nur viele hunderttausende von fleißigen Einwanderern angelockt und unter günstigen Bedingungen angesiedelt hat, sondern auch viele Millionen Kapital vom Ausland angezogen hat, welche heute in Eisenbahnen, Industrie und Handel dem gesamten Lande, namentlich aber dem Farmer im Westen zu Gute kommen. Die liberale Regierung hat das Prinzip der Gleichberechtigung im Aufbau und in der Handhabung der Gesetze gewährt, und hat dadurch unseren deutschen Landsleuten ermöglicht, unter dem Schutze dieser Gesetze neben ihren andersprachlichen Nachbarn als gleichberechtigte Glieder des großen Canadischen Volkes heimisch zu werden.

Was haben die Deutschen von den Konservativen zu erwarten?

Was die Deutschen Ansiedler von der konservativen Partei zu erwarten haben, ist eine Frage, welche bisher Niemand mit Bestimmtheit beantworten kann. Wenn man aber den Aeußerungen ihrer Partei-Agitatoren Glauben schenken darf, wie sie solche in Gegenden ausstreuen, wo sie auf die Stimmen der Deutschen und anderen fremdländischen Ansiedler nicht Rücksicht nehmen brauchen, so dürfen wir uns kein allzu rosiges Bild machen von der Behandlung, welche unser von jener Seite wartet. Bezeichnend in dieser Hinsicht für die Hochachtung, welche wir Deutschen bei den Konservativen genießen, ist eine unter den Wählern britischer Abstammung im Osten des Landes zur Verbreitung gekommene Flugschrift, betitelt „Resultate der Reziprozität. — Uebel, welche das Taft-Fielding Abkommen bringen wird."

Dieses Machwerk verächtlicher Wahlliteratur, welches sich lediglich mit dem Furchtgespenst der Annexion befaßt, leistet sich folgende unerhörte Auslassung:

„Die Beweisführung, welche von dem gegnerischen (d. h. dem Anti-„Reziprozitäts — D. Red.) Lager „gehört wird, gründet sich nicht auf „die Folgen eines erhöhten Handels-„verkehrs, sondern auf die offene Absicht des Amerikanischen Volkes, die „im Stande sein werden, die Drohung, unseren neu erworbenen Handel zu vernichten, dazu zu benutzen, „um uns zu zwingen einen Schritt „weiter zu gehen und noch einen „Schritt und noch einen Schritt, bis, „zu guterletzt, wir zu weit gegangen „sein werden, um unseren Rückweg „durchkämpfen zu können — namentlich mit der toten „Bürde amerikanischer u. „anderer fremder Einwanderer auf unseren Schulern."

Was der Deutsche weiß.

Der Deutsche weiß im Allgemeinen recht gut zu unterscheiden, wo sein eigener Vorteil liegt. Der Deutsche weiß, daß, wenn er für seinen eigenen Vorteil sorgt, er auch zum Wohle des ganzen Landes mit beiträgt. Er weiß, daß ein freierer Austausch und Verkehr erhöhte Einwanderung, höhere Landwerte, bessere Verbindungen im Gefolge haben, und er **sollte** wissen, daß ein Handels-Abkommen mit seinem nächsten Nachbar zur Erlangung all dieser wünschenswerten Zustände beitragen muß. Er weiß, daß er unter der Regierung Sir Wilfrid Lauriers für alle gerechten Erwartungen und Wünsche stets ein williges Ohr gefunden hat, daß sich unter dieser Regierung sein Eigentum vermehrt, seine Lebensumstände verbessert haben. **Von Herrn Borden und** seinen Anhängern weiß er aber bisher nur, daß sie ihm wenige, und nicht besonders weitgehende Versprechungen gemacht haben. Soll er den Spatzen in der Hand gegen die zehn auf dem Dache austauschen?

Was der Deutsche Wähler tun soll!

Der Deutsche Wähler sollte demnach keine Schwierigkeit finden, sich darüber klar zu werden, wie er die ihm vorliegende Frage, **die einzige Frage** in diesem Wahlkampfe beantworten soll. Die Frage: **„Sollen wir die uns von unserem Nachbarn gebotene gegenseitige Handelsfreiheit annehmen oder abweisen?"** Eine Stimme für den liberalen Kandidaten am 21. September bedeutet **„Ja"**. Eine Stimme für den konservativen Kandidaten bedeutet **„Nein."**

Im Interesse des Deutschtums.

In seiner Ausgabe vom 23. August beginnt der „Nordwesten" eine Artikelreihe unter dem Titel „Zur Politik des „Nordwesten"", welche in der Nummer vom 30. August fortgesetzt wird. Der erste dieser Artikel, der sich mit der Frage der Vertretung der Interessen des Deutschtums seitens des „Nordwesten" befaßt, ist in erster Linie dem Schulwesen in deutschen Distrikten gewidmet, und wir geben gern zu, daß nach unserer Meinung der „Nordwesten" vollkommen Recht hat, wenn er behauptet, daß in dieser Richtung hier im Westen noch Manches im Interesse des Deutschtums zu wünschen übrig bleibt.

Wie weit aber unsere Winnipeger Zeitgenossin über das Ziel hinausschießt, wenn sie die deutschen Schulverhältnisse in Manitoba, das ja das zweifelhafte Glück hat unter konservativem Regiment zu stehen, gegenüber denen in den Provinzen Saskatchewan und Alberta in den Himmel hebt, erhellt aus folgender Zuschrift, welche uns von einem unserer Leser in Manitoba, welcher mit den Schulverhältnissen unter den Deutschen jener Provinz seit Jahren eng vertraut ist, zugeht. Unser Korrespondent schreibt:

„Der „Nordwesten" hebt in seiner letzten Ausgabe so sehr hervor, was in dieser Provinz für den deutschen Unterricht in den Schulen getan wird. Dies bedarf doch etwas der Beleuchtung. Es ist wahr, daß die Regierung einen deutsch-englischen Inspektor angestellt hat; es ist auch wahr, daß dieser Inspektor für die deutsch-englischen Lehrer einen Normalkursus giebt, aber deswegen ist es noch lange nicht ein deutsch-englischer Normalkursus; denn es wird dort — wurde letztes Jahr wenigstens — kein Deutsch gelehrt, sondern, wenn in sprachlicher Hinsicht etwas getan wird, so wird den deutschen Lehrern, die vielleicht noch im Englischen etwas zurück sind, in dieser Sprache nachgeholfen. Der eigentliche professionelle Unterricht wird selbstverständlich nur in englischer Sprache erteilt. Dann gestattet das Gesetz wohl einen zweisprachigen Unterricht und beschränkt nicht besonders die Zeit, die auf die deutsche Sprache verwendet werden darf; aber was uns das Gesetz gestattet, sucht man uns auf administrativem Wege zu verkürzen. So hat der Unterrichtsminister unserm Inspektor, und der Inspektor hat es unseren Lehrern gesagt, daß wohl Deutsch gelehrt werden dürfe, aber nur, wenn auch zu gleicher Zeit alle Fächer, die in dem vorgeschriebenen Lehrprogramm angeführt sind, in englischer Sprache gelehrt werden. Nun ist ja das Lehrprogramm selbstverständlich darauf berechnet, daß es den Kindern volle Beschäftigung geben soll. Wenn also unsere deutschen Kinder erst das alles lernen sollen, was für die Kinder in rein englischen Schulen vorgeschrieben ist, wo soll dann die Zeit für das Deutsche herkommen? Diese Interpretation des Gesetzes von seiten des Unterrichtsministers ist eine reine Vergewaltigung unseres Rechtes; denn das Gesetz giebt uns das Recht, daß „when ten of the pupils in any school speak the french language, or any language other than English, as their native language, the teaching of such pupils shall be conducted in French, or such other language, and English, upon the bilingual system."

Dies Gesetz hat einmal die liberale Regierung passiert; sie hat es auch ohne Neid und ohne Verkürzung gegen uns Deutsche durchgeführt. Sie gestattete auch, daß der deutsche Inspektor auch Deutsch im Normalkursus lehren durfte. Dies alles weiß der Editor des „Nordwesten," und hat sich sogar vor nun beinahe zehn Jahre in seiner Leitung mißbilligend über diese stiefmütterliche Behandlung der Deutschen ausgesprochen. Er sollte jetzt nicht den wahren Tatbestand zu verdecken suchen."

Es erhellt daraus, daß unsere deutschen Mitbürger in Manitoba also doch nicht so viel besser daran sind, als ihre westlichen Landsleute.

„Die Frage" des Tages und ihre Beantwortung.

In Folgendem wollen wir versuchen, unseren Lesern in der Form von Frage und Antwort vor Augen zu führen, um was es sich bei der bevorstehenden Wahlschlacht handelt. Wir haben diese Form gewählt, weil dieselbe geeignet ist, dem Leser die im's Auge fallenden Punkte der Vorlage am anschaulichsten vor Augen zu führen.

Frage: Was ist die Bedeutung des Wortes Reziprozität?

Antwort: Es bedeutet Geben und Nehmen auf einer Basis der Gleichstellung.

F.: Was bedeutet es zwischen Nationen?

A.: Es bedeutet den Austausch von Gütern unter gleichen Bedingungen.

F.: Was bedeutet es im Falle von Canada und den Vereinigten Staaten in Zusammenhang mit dem sogenannten Fielding-Taft Abkommen?

A.: Es bedeutet eine Ermäßigung in beiden Ländern der Eingangszölle, welche bisher auf viele Waren erhoben wurden, und die Stellung auf die Freiliste für eine große Zahl von „Natur-Produkten".

F.: Haben beide Länder genau dieselben Zoll-Ermäßigungen gemacht?

A.: Sie haben die Gegenstände auf denselben Zollsatz herabgesetzt, aber das bedeutete eine bei weitem größere Ermäßigung von Seiten der Vereinigten Staaten als von Canada, weil in fast allen Fällen die Amerikanischen Zollsätze höher waren.

F.: Wie steht die Frage des Abkommens jetzt in den Vereinigten Staaten?

A.: Es ist dort keine Frage mehr. Das Abkommen wurde vom Kongreß und vom Senat mit großer Mehrheit angenommen und am 26. Juli vom Präsidenten unterzeichnet.

F.: Wie steht die Frage in Canada?

A.: Sie erwartet die Zustimmung des Parlaments.

F.: Warum ist diese Zustimmung nicht gegeben worden?

A.: Weil die konservative Partei im Hause, durch Obstruktions-Methoden, verhindert hat, daß die Frage zur Abstimmung komme.

F.: Warum wurde dies zugelassen von einer Regierung, welche eine große Mehrheit in der Kammer hatte?

A.: Weil in der Geschäfts-Ordnung des Parlaments keine Maßregel vorgesehen ist, eine absichtliche Zeitverwendung in dieser Weise zu verhindern.

F.: Welche Schritte hat die Regierung in der Angelegenheit ergriffen?

A.: Sie hat das Parlament aufgelöst und allgemeine Neuwahlen angeordnet.

F.: Was bedeutet das?

A.: Es bedeutet, daß die Frage der Annahme oder Ablehnung des Reziprozitäts-Abkommens jetzt den Wählern von Canada zur Entscheidung obliegt.

F.: Reziprozität ist demnach die Haupt-Frage, welche in dem jetzigen Wahlkampf besprochen werden dürfte?

A.: So ist es. Sie ist sozusagen die einzige Frage.

F.: Wird die Diskussion rein vom Partei-Standpunkt aus erfolgen?

A.: Nein. Eine große Anzahl Konservativer sind für die Maßregel, und einige Liberale dagegen.

F.: Welche Beweggründe werden von den Gegnern derselben angeführt?

A.: Hauptsächlich zwei: 1.) Daß Reziprozität zur Annexion führen werde, und 2.) daß sie für sich als nachteilig für die Geschäfts-Interessen Canada's erweisen werde.

F.: Was den ersten Einwurf betrifft, auf welche Basis fußt er sich?

A.: Auf der Basis, daß größere Freiheit im Handelsverkehr mit unseren Nachbarn zu einer Schwächung unseres Zusammenhanges mit Großbritannien beitragen werde.

F.: Würde dieses Resultat wahrscheinlich sein, falls der Handelsverkehr sich als nicht gewinnbringend herausstellen sollte?

A.: Nein.

F.: Es wird also von den Gegnern angenommen, daß Reziprozität vom Geschäftsstandpunkt aus sich als gewinnbringend erweisen werde?

A.: Es scheint, daß sie dies meinen.

F.: Ist das Abkommen in der Form eines Vertrages auf bestimmte Zeit, welcher eingehalten werden muß, gleichgültig, ob er vorteilhaft ist oder nicht?

A.: Nein; es ist einfach eine gegenseitige Verständigung, welche zu beendigen jeder der Parteien jederzeit freisteht.

F.: Warum sollten denn die Gegner an eine Annexion denken, wenn bei einem Versuche, sie mit der Reziprozität unzufrieden sein würden?

A.: Kein Grund hierfür wird angeführt. Falls sie ihnen nicht zusagen sollte, so könnten sie dieselbe beendigen.

F.: Aus welchem Grunde sollten sie zur Annexion hinneigen, falls das Abkommen sich als ein großer Vorteil für ihr Land auswerfen sollte?

A.: Weil Annexion ihnen außer dem Amerikanischen Markte auch Amerikanische politische Institutionen geben würde.

F.: Ziehen sie Amerikanische Institutionen ihren eigenen vor?

A.: Ganz entschieden nicht.

F.: Warum sollten sie ihren Sinn ändern?

A.: Das weiß ich nicht.

F.: Was ist die Basis des zweiten Einwandes, nämlich, daß Reziprozität sich als schädlich für Canada's Geschäfts-Interessen erweisen werde?

A.: Er gründet sich auf die Behauptung, daß die große Zunahme in der Einfuhr Amerikanischer Waren unsere einheimischen Fabriks-Unternehmen schwer schädigen würde.

F.: Sieht das Reziprozitäts-Abkommen eine Ermäßigung des Canadischen Zolltarifs auf fabrizierte Waren vor?

A.: Nein; mit Ausnahme des Falles von landwirtschaftlichen Geräten und präpariertem Fleisch.

F.: Sind diese Ermäßigungen groß?

A.: Nein, sehr gering.

F.: Sind die Fabriken, welche davon betroffen werden, im Stande, die Ermäßigung zu ertragen?

A.: Sie haben alljährlich Millionen an Profit.

F.: Ist es wahrscheinlich, daß die Ermäßigung sie überhaupt schädigen werde?

A.: Nein; freier Zutritt zum Amerikanischen Markte wird zweifellos ihr Geschäft vermehren.

F.: Wenn allgemeine Fabrikations-Unternehmungen durchaus nicht von den vorgeschlagenen Zoll-Ermäßigungen betroffen werden, wie sollten sie dann geschädigt werden?

A.: Weil sie fürchten, daß dieser kleine Vorgeschmack von niedrigeren Zöllen zu einer Forderung von allgemeiner Tarif-Ermäßigung leiten möge.

F.: Führt ihr dies mit der Absicht in Einklang bringen, daß das Reziprozitäts-Abkommen zum Nachteil des Canadischen Volkes sich erweisen werde?

A.: Nein; die beiden Ansichten können nicht in Einklang gebracht werden.

F.: Wie wird die Ermäßigung der Zölle oder die freie Einfuhr von Naturprodukten den Arbeiter beeinflussen?

A.: Es wird ihm ermöglichen, seine Nahrungsmittel zu billigeren Preisen einzukaufen; mit anderen Worten, es wird die Lebenskosten erniedrigen.

F.: Würden nicht die Canadischen Farmer aus dem heimischen Markte höhere Preise erzielen als jetzt?

A.: Nein; die freie Einfuhr Amerikanischer Naturprodukte wird zu niedrigeren Preisen im Heimatsmarkte führen.

F.: Worin wird denn der Canadische Farmer profitieren?

A.: In der Hinzufügung eines neuen großen Marktes für seine Güter.

F.: Welche Märkte hat er jetzt?

A.: Den heimischen Markt, in Canada, und den Britischen Markt jenseits des Ozeans.

F.: Ist der Amerikanische Markt nicht für den Canadischen Produzenten offen?

A.: Es ist ein Markt von 90,000,000 vielleicht der besten Kunden der ganzen Welt.

F.: Ist eine ausgedehnte Frei-Liste in Naturprodukten nicht gut für den Canadischen Konsumenten und Bürger im Allgemeinen?

A.: Es bedeutet einfach eine Zulage zur Einkaufs-Fähigkeit seines Einkommens.

F.: Haben Canadische Staatsmänner in der Vergangenheit den Standpunkt vertreten, daß Reziprozität in Naturprodukten mit den Vereinigten Staaten eine gute Sache für Canada sein würde?

A.: Die Führer beider Parteien haben, seit der Beendigung des im Jahre 1866 abgelaufenen, mit allen Kräften auf die Erlangung eines Reziprozitäts-Vertrages hingearbeitet.

F.: Nennt Ihr die Namen einiger dieser Staatsmänner angeben?

A.: Unter konservativen Leitern sind anzuführen: Sir John A. Macdonald, Sir A. T. Galt, Sir John Thompson, Sir Charles Tupper und Sir Donald Tillen.

F.: Sind irgend welche dieser Männer des Verrates an den Britischen Institutionen verdächtigt worden?

A.: Nein; sie wurden alle als aufrichtige Leute betrachtet.

F.: Und doch verfechten sie Reziprozität mit den Vereinigten Staaten zu erlangen?

A.: Ja; sie wendeten alle mögliche Mühe auf.

F.: War die konservative Partei im Allgemeinen einer solchen Maßnahme günstig gestimmt?

A.: Ja; Sir John A. Macdonald, als ihr Führer, erklärte sich für „Reziprozität im Handel oder Reziprozität im Zolltarif," und sie unterstützten ihn Mann für Mann.

F.: Wenn Sir John A. Macdonald heute am Leben wäre und bei der kommenden Wahl folgerichtig gemäß den Ueberlieferungen seiner Partei und gemäß seiner eigenen oft wiederholten Ansicht über Reziprozität stimmen wollte, wie würde er seine Stimme abgeben?

A.: Er würde gezwungen sein, für Laurier und größere Märkte zu stimmen.

Entsetzliche Greuel im Cholerагebiet.

Cosenza, Calabrien, 29. Aug. Die Einwohner der im nördlichen Kalabrien gelegenen Ortschaft Verbicaro ermordeten am Montag den Bürgermeister des Orts mit seiner Familie, zwei Mitglieder der Gesellschaft vom Roten Kreuz, und verschiedene städtische Beamte. Den Anstoß zu den Untaten gaben Cholera-maßregeln der italienischen Regierung, die von der unwissenden Bevölkerung mißverstanden wurden, da diese glaubte, die Seuche solle weiter verbreitet werden. Angeführt von einigen Fanatikern, bildete sich ein Auflauf, Aerzte und Sanitätspersonal wurden angegriffen und mußten flüchten.

Nachdem der Bürgermeister mit seiner Familie, und andere Personen, die für die mißliebigen Maßregeln verantwortlich gehalten wurden ermordet waren, steigerte sich die Volkswut noch, das Rathaus, die Präfektur, die Wohnung des Bürgermeisters und anderer städtischer Beamten, sowie das Gerichtsgebäude wurden niedergebrannt, und dann sämtliche Telegraphen- und Telephonleitungen zerstört. Hierauf wurden Barrikaden errichtet, von denen aus die fanatische Menge den mittlerweile abgesandten Militär-Widerstand leisten will.

Die Zustände in Verbicaro sind entsetzlich, in der letzten Zeit waren dort nicht weniger als 82 Cholera-fälle, von denen etwa die Hälfte tödlich verlief, und die Leichen sind nicht einmal beerdigt worden. Die besser situierten Bürger sind in die benachbarten Berge geflüchtet, und der Bürgermeister hatte sich ihnen angeschlossen, kehrte jedoch wieder zurück, als ihm der Präfekt der Provinz mit Entlassung drohte. Des Bürgermeisters Vater war seinerzeit im Jahre 1857 bei einem ähnlichen blutigen Krawall ermordet worden.

Deutsche Ackerbaukolonien in Mexiko.

Berlin, 27. Aug. — Welchen Wert die Regierungen fremder Staaten auch heute noch gerade auf die Gewinnung deutscher Kolonisten legen, zeigt erneut eine Nachricht, welche die „Mitteilungen des Vereins für das Deutschtum im Ausland" mexikanischen Blättern entnehmen. Danach plant die mexikanische Regierung die Aufteilung großer Landereien zur Besiedelung durch deutsche, österreichische und Schweizer Bauern. Eine Privatgesellschaft mexikanischer Großkapitalisten will ausgedehnte, fruchtbare und größtenteils bewässerte Landstriche parzellieren und vorzugsweise an deutsche Siedler mit geringen Mitteln zu günstigen Bedingungen abgeben. Die neugegründete Gesellschaft, „Compania Agricola Colonizadora de Mexico", will zunächst die Parzellierung von 62,000 Acres am Südufer des Chapala See wegen ihres gemäßigten Klimas und der guten Verbindungen mit größeren Märkten in Angriff nehmen. In der Leitung der Gesellschaft und als Auskunftsstelle für deutsche Bewerber zeichnet ein Herr Arthur Teichelmann in Mexiko.

Zweifellos harrt in Mexiko noch eine ungeheure Menge fruchtbaren Bodens der Erschließung durch eine Siedlerbevölkerung, die tatkräftiger und fleißiger ist als der indolente und bedürfnislose Mexikaner. Immerhin erscheint aber bei der gegenwärtigen Unsicherheit der ganzen politischen Verhältnisse Mexiko's und den sehr verschiedenartigen klimatischen Verhältnissen des Landes eine sorgfältige und genaue Erkundung der obwaltenden Verhältnisse an zuverlässiger Stelle geboten. Es sollte daher niemand sich auf Abmachungen einlassen, ehe er eine eingehende Auskunft eingeholt hat.